

Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 sowie des fortgeschriebenen Investitionsprogramms 2020 – 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen

die diesjährige Haushaltssitzung des Rates steht unter einem ganz besonderen Stern, der leider nicht so hell leuchtet, wie man sich das unter normalen Bedingungen aus dem Rathaus heraus gewünscht hätte, sondern vielmehr einen breiten Schatten auf das Geschehen wirft.

Der Haushalt 2020, wie er im Finanzausschuss und im Verwaltungsausschuss schon vor Monaten empfohlen wurde, sollte ursprünglich bereits in einer Ratssitzung am 23. März eingebracht und beschlossen werden. Die Corona-Krise mit all ihren Folgen und Beschränkungen, unter denen nicht nur unsere Insel bis heute zu leiden hat, ließ das jedoch nicht zu.

Bei dem Ihnen hier und heute vorliegenden Zahlenwerk handelt es sich dennoch größtenteils um die seinerzeit berechneten und prognostizierten Ansätze, die lediglich in Teilbereichen angepasst wurden.

Wir haben uns auch nach Rücksprache mit der Kommunalaufsichtsbehörde dazu entschlossen, wie übrigens viele andere Kommunen auch, diesen Haushaltsplan jetzt auf den Weg zu bringen, gleichwohl uns bewusst ist, das er in einigen Annahmen und Ansätzen nicht zu halten sein wird. Hintergrund ist einerseits die Notwendigkeit eines Haushaltsplanes an sich als Handlungsgrundlage der Verwaltung, so dass wir mit der Verabschiedung nicht noch länger warten können. Problematisch auf der anderen Seite sind die augenblicklich nicht zu prognostizierenden Steuereinnahmen und anderen Haushaltsansätze. Aktuell fahren alle handelnden Akteure auf Sicht, so dass wir zunächst mit diesem Haushalt arbeiten werden, um ggf. zu einem späteren Zeitpunkt einen Nachtragshaushalt aufzustellen.

Ein zum heutigen Zeitpunkt zu erstellender neuer Haushalt hätte die gleichen Unwägbarkeiten zum Inhalt und würde uns insofern nicht weiterhelfen.

Die Fassung des Planes aus dem März ist gleichwohl eine gute Basis, da dieses Zahlenwerk auf einer soliden Grundlage aufgebaut wurde, und natürlich in vielen Ansätzen noch Bestand hat.

Insgesamt umfassen die Erträge im Ergebnishaushalt eine Summe von 26.212.050,— Euro. Die Aufwendungen belaufen sich auf 27.634.665,— Euro. Das somit geplante Defizit würde sich damit auf 1.422.615,— Euro belaufen. Allerdings beinhaltet diese Prognose eine Besonderheit, die ich erklären möchte:

Im Bereich der Gewerbesteuererträge ist für das aktuelle Haushaltsjahr, bedingt durch die Corona-Krise und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie, mit einem großen Einbruch der Erträge zu rechnen. Viele Gewerbesteuerpflichtige haben die für das laufende Wirtschaftsjahr festgesetzten Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer durch das zuständige Finanzamt auf „Null“ herabsetzen lassen. Je nach Verlauf und Dauer der Pandemie werden die Festsetzungen im Sommer, vielleicht auch erst im Herbst, ggf. zu korrigieren sein.

Seriöse Prognosen lassen sich daher aufgrund fehlender verlässlicher Orientierungsdaten zum heutigen Zeitpunkt nicht treffen. Nach einer ersten Einschätzung muss allerdings von Mindererträgen im Bereich der Gewerbesteuer zum ursprünglichen Ansatz von 4,7 Mio. EUR von mindestens 1,0 Mio. EUR ausgegangen werden. Der Ansatz wurde daher auf 3,7 Mio. EUR korrigiert. Weitere Entwicklungen der nächsten Wochen können dabei noch gar nicht berücksichtigt werden. Wie hoch die Mindererträge tatsächlich ausfallen werden, wäre aus heutiger Sicht Kaffeesatzleserei. Betrachten Sie diesen Ansatz daher nur als groben Anhaltswert.

Alle Annahmen sind abhängig von dem erfolgreichen „Wiederaanlaufen“ des touristischen Geschäfts und der Hoffnung, dass es keinen zweiten „Lockdown“ geben wird.

Die Ansätze der Gewerbesteuer wurden in der mittelfristigen Finanzplanung bei den ursprünglichen Beträgen belassen; die Bewertung dieser Ansätze wird im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 vorgenommen werden müssen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass es uns in diesem Jahr auch ohne Corona-Krise nicht gelungen wäre, den Haushalt vollständig auszugleichen, wobei der ursprüngliche Fehlbedarf längst nicht die Dimensionen erreicht hätte, wie zum heutigen Stand zu erwarten ist.

Da diese aktuelle finanzwirtschaftliche Situation alle Kommunen im Land gleichermaßen betrifft, finden dieser Tage Gespräche zwischen unseren kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung über den Umgang mit den zu erwarteten Verlusten statt. Erste Gedanken gehen dahin, eine zusätzliche Bilanzposition zu schaffen, über die die Verluste langfristig geparkt werden könnten. Damit könnten sonst ggf. notwendig werdende Haushaltssicherungskonzepte und Konsolidierungsprogramme verhindert werden.

Parallel wird darüber gesprochen, inwieweit die Möglichkeiten eines realen finanziellen Ausgleiches oder Beteiligung an den Verlusten der Kommunen geben kann. Hierbei steht man aber noch ganz am Anfang.

Um Ihnen einen kurzen Überblick über die vorhandenen erheblichen Ertrags- und Aufwandspositionen zu geben, möchte ich zusätzlich einige Planwerte erläutern.

Der Hebesatz der Grundsteuer A und B beträgt seit dem Jahr 2012 unverändert 380 %. Das Aufkommen wird im Haushaltsjahr 2020 etwa auf dem Vorjahresniveau von ca. 1,8 Mio. EUR liegen. Corona-Krisenbedingt ist nicht mit Mindererträgen zu rechnen.

Abzuwarten bleibt, wie sich das Grundsteueraufkommen nach der Grundsteuerreform entwickeln wird. Ab 2025 gelten neue Berechnungsmethoden. Grundsätzlich soll das zukünftige Modell aufkommensneutral sein, d.h. keine Mehrbelastung für die Grundbesitzer mit sich bringen. Die Grundsteuer ist für die Kommune eine unverzichtbare Einnahmequelle.

Der Steuersatz der Zweitwohnungsteuer beträgt jährlich 15 % des Steuermaßstabes. Im regionalen Bereich liegt der Steuersatz der Stadt Norderney damit leicht unter dem Durchschnitt. Das Aufkommen der Zweitwohnungssteuer wird im Haushalt mit rund 1,25 Mio. EUR eingeplant. Die vorübergehende behördlich angeordnete „Nichtnutzbarkeit“ der Zweitwohnungen wirkt sich auf die Steuer-schuld nicht aus.

Die Ansätze für die Erträge aus den Gemeindeanteilen der Einkommens- und Umsatzsteuer erfolgten leicht oberhalb der vorgegebenen Orientierungsdaten für die kommunalen Haushalte. Basis für diese Prognose waren ebenfalls die Erfahrungswerte der Vorjahre. Mit diesen Planwerten ist dennoch vorsichtig weiterhin zu rechnen, da sich die Berechnungsgrundlage auf die Quartalswerte der Vorjahre bezieht und die derzeitige Wirtschaftslage noch nicht mit erfasst. Eine Entwicklung für die mittelfristige Finanzplanung ist in dem kommenden Haushalt zu beobachten und gegebenenfalls zu korrigieren.

Auch im Jahr 2020 erhält die Stadt Norderney aufgrund ihrer Steuerkraft erneut keine Schlüsselzuweisungen und finanziert sich größtenteils aus eigener Kraft.

Im Bereich der Gegenpositionen auf der Aufwandseite sind insbesondere die Aufwendungen für das aktive Personal erwähnenswert. Der Haushaltsansatz beläuft sich hier auf rund 4.505.000 EUR. Der Blick auf die vergangenen Jahre zeigt allerdings, dass die Erhöhung kontinuierlich ist und die Steigerung linear zu den vergangenen Planjahren erfolgt. Die Gründe finden sich zum Teil in den jährlichen Tarif- und Besoldungserhöhungen. Hinzu kommen die regelmäßigen Stufe-

nerhöhungen und mögliche Höhergruppierungen. Aber auch ein Stellenzuwachs ist aufgrund der vielfältigen, auch neuen Aufgaben, nicht vermeidbar (1,5 Stellen).

Ein weiterer Aufwandsposten umfasst weiterhin die Kreisumlage an den Landkreis Aurich (mit einem unveränderten Hebesatz von 53,5 %) in Höhe von 4,45 Mio. EUR. Bislang konnte bei der Kreis- und Gewerbesteuerumlage ein verminderter Ansatz in die Haushaltsplanung eingestellt werden, da Rückstellungen aus Vorjahren aufgelöst werden konnten. Die Rückstellungen wurden aufgrund ungewöhnlich hoher Steuereinzahlungen der Vorjahre gebildet und entsprechend aufgelöst. Nunmehr wirkt sich dieser Aufwand unmittelbar in volle Höhe aus.

Der Vorteil ab dem diesem Jahr ist die Reduzierung des Vervielfältigers der Gewerbesteuerumlage von 70 % auf 35 %. Die Begründung liegt in dem Wegfall der erhöhten Umlage für den „Aufbau Ost“ über den „Fond Deutscher Einheit“.

Der diesjährige Haushaltsplan berücksichtigt natürlich auch wieder investive Maßnahmen, die wir unlängst mit den Mitgliedern des Finanzausschusses einer Aufgabenkritik unterzogen haben.

So wurde der Neubau des Altenheims (inkl. Abriss Mühlenstraße 4) in Höhe von 1,25 Mio. EUR, Ausbau der Straße An der Mühle: 787.000,- €, Ausbau Benekestraße III. BA: 581.000,- € und die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen in Höhe von 850.000,- € eingeplant.

Zunächst zurückgestellt wird die Fortsetzung der Instandsetzung der KGS und aktive Planung der Erweiterung des WattWelten, wobei die Maßnahmen nicht aus dem Auge verloren werden dürfen. Für den geplanten 3. Bauabschnitt des Ausbaus der Benekestraße sollen zwar die vorbereitenden Planungen für die Ausschreibung auf den Weg gebracht werden, eine endgültige Beschlussfassung werden wir aber von den Kostenermittlungen und der weiteren Entwicklung der Haushaltslage abhängig machen.

Gerade in diesem Jahr, das unter dem Zeichen der Corona-Krise steht, ist eine vorsichtige Bewirtschaftung erforderlich. Dies gilt auch für die eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von ca. 4,63 Millionen EUR, die das Eingehen von Verpflichtungen im aktuellen Haushaltsjahr begründen.

Daher beabsichtige ich nach Inkrafttreten des Haushaltsplanes, bis auf weiteres eine Haushaltswirtschaftliche Sperre zu verhängen, die wir selbstverständlich sachgerecht und den vertraglichen und gesetzlichen Anforderungen entsprechend ausgestalten werden. Diese Sperre bewirkt, dass die Ausgabeansätze in Einzelfall grundsätzlich reduziert bzw. gesperrt werden können.

Derzeit ist noch nicht absehbar, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die Finanzen der Stadt Norderney haben wird, es sind allerdings gravierende Auswirkungen zu befürchten. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, sich diesen Herausforderungen zu stellen und ggf. auch kurzfristige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen. In diesen schwierigen und noch nie dagewesenen Zeiten sollten wir zusammenhalten und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten: Die Auswirkungen der Krise für die Insulaner, die Gewerbetreibenden, insbesondere in der Tourismusbranche und somit für die Insel Norderney insgesamt in Grenzen zu halten und mittel- und langfristig die Perspektiven wieder positiv zu gestalten. Norderney war bislang eine der beliebtesten Urlaubsziele Deutschlands und wird es auch zukünftig bleiben.

In den Zeiten „Nach-Corona“ wird es unsere Aufgabe sein, in den folgenden Jahren wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren und eine sparsame Haushaltspolitik zu betreiben.

Fach- und Verwaltungsausschuss haben sich eingehend mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen befasst und empfehlen die Annahme des Haushaltsplanes 2020 inklusive des Investitionsprogrammes sowie des Wirtschaftsplanes des städtischen Eigenbetriebes „TDN“ für das Jahr 2020 und den eben genannten Maßgaben und Be-

sonderheiten.

Dieser Empfehlung schließe ich mich selbstverständlich gerne an.

Abschließend danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei und allen voran Frau Lübbers für ihre Arbeit, die inzwischen nicht mehr bei uns beschäftigt ist (was nichts mit diesem Haushalt zu tun hat ;-).